Frau Jung verwies in ihren Ausführungen auf die Stellungnahme des Personalrates und beantragte, dass beide Stellen mit A 13 ausgewiesen werden.

Herr Knülle verwies in seinen Ausführungen ebenfalls auf die Stellungnahme des Personalrates sowie auf die Bewertungsrichtlinien der KGSt. Daher sei es konsequent, wenn man diese Stellen sofort mit A 13 ausweisen würde. Abschließend schloss er sich dem Antrag von Frau Jung an.

Herr Schell teilte mit, dass es aus Sicht der CDU-Fraktion sinnvoll sei, der Beschlussempfehlung der Verwaltung zu folgen und dieser zu zustimmen.

Frau Jung führte u.a. aus, dass in der Vergangenheit diese Stellen höherbewertet waren.

Herr Knülle führte u.a. aus, dass es wichtig sei, ein hochqualifiziertes Hauptamt „an den Start“ gehen würde und daher eine Ausweisung der Stellen nach A 13 erforderlich sei.

Der Bürgermeister wies in seinen Ausführungen auf die Zeitschiene hin, die bis zur Besetzung der Stellen erforderlich ist.

Frau Jung und Herr Knülle bemängelten, dass mit der Umsetzung nicht viel früher begonnen worden ist.

Herr Metz sprach sich ebenfalls für die Ausweisung der Stellen nach A 13 aus.

Der Bürgermeister führte aus, dass, wenn der Rat der Auffassung ist, dass die Bewertungsrichtlinien der KGSt ausreichend und keine Stellenbewertung diesbezüglich erforderlich sei, dann könnte seitens der Verwaltung entsprechend gehandelt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Züll teilte der Bürgermeister mit, dass es sich jeweils bei der Ausweisung um Stellen nach A 13 gD handelt.

Herr Schell sprach sich nochmals für den Verwaltungsvorschlag aus.

Herr Metz sprach sich nochmals für die Ausweisung nach A 13 aus, da dies aus Sicht der Personalentwicklung für die Stadt sinnvoll ist.

Auch Herr Züll und Herr Knülle vertraten diese Auffassung.

Der Bürgermeister machte daraufhin folgenden Ergänzungsvorschlag:

Die Stellen werden unter der Voraussetzung der KGSt-Bewertungsrichtlinien nach A 13 gD ausgewiesen, ohne dass eine Stellenbewertung durchgeführt wird.

Hierüber herrschte mehrheitliches Einvernehmen im Rat.

Dann fasste der Rat folgenden Beschluss: